





Es ist hierbei auch eine Verfeinerung eines großen Theils des geernteten Getreides meist die Folge, oder eines Ankaufs billigerer Futtermittel wie Mel- und Reinfuchsen, Schroot, Futtermehl zc. In einer uns bekannten großen intensiven Wirtschaft mit intensiven Molkerei- und Mästereibetrieb wurde jährlich gerade ebensoviele für den Ankauf von Delfuchen, Getreide zur Verfeinerung und Futtermehl ausgegeben, als für den Verkauf von Weizen und anderem Getreide eingenommen wurde. Schon heute melden sich die Müller und verlangen, wenn das Getreide höher verzollt werden soll, auch einen Schutz gegen den Import von Mehl und Futtermehl, also einen erhöhten Zoll. Aber auch ohnedies ist es natürlich, daß auch die Futtermittel mit der Erhöhung der Getreidepreise durch den Zoll im Preise steigen müssen. Von anderen intensiven Wirtschaften wird behauptet, daß sie doppelt und mehr für zugekaufte Kraftfuttermittel ausgeben, als sie für Getreide einnehmen.

Man sieht also, daß auch diesen größeren intensiven rationelleren Wirtschaften, die ihre Haupteinnahme nicht von dem Verkauf des Rohprodukts, sondern aus der Veredelung oder Umwandlung desselben in Molkereiprodukte, Fleisch und lebendes Vieh haben, durch die erhöhten Getreidepreise im Geschäft sehr erschwert werden dürften, und schließlich nur einigen großen schlecht und extensiv wirtschaftenden Großgrundbesitzern der Vorteil allein zukommt.

Das wären die Wirtschaften. Nun zu den ländlichen Arbeiten.

Es ist in diesen Tagen des Kampfes um die Kornzölle Mode geworden, auf die ländlichen Arbeiter hinzuweisen, deren Zahl über 6 Millionen betragen soll, und von diesen zu behaupten, daß sie als die Mehrzahl der Arbeiter Ursache haben, mit den niedrigen Getreide-Preisen unzufrieden zu sein. — Es ist dies indessen grundfalsch. Nehmen wir ein Beispiel.

In einer uns bekannten großen Wirtschaft, die nur Landwirtschaft mit ihren Nebengewerben betrieb, waren ca. 200 Einwohner auf ca. 2200 Morgen Ackerland guten Bodens vorhanden. Diese vertheilten sich auf ca. 40 Familien, die des Besitzers, Inspectors, Brenners, dreier Brennermeister, des Schäfers, zweier Kuhhirten, des Nachtwächters, Stellmachers, Gärtners, Kutschers, Schmiedes, der 12 Tagelöhner oder Drecher, der 8 Pferde- oder Ochsenknechte und 5 Wittwen. Lassen wir nun zunächst die 12 Drecher oder Tagelöhner sowie den Besitzer weg, so haben alle übrigen vom Inspector bis zum Nachtwächter herab das höchste Interesse für billige Getreidepreise im Hinblick auf die Ernährung ihrer Familien. Denn das ihnen in der Form von Deputat gewährte Getreide reicht nicht zur Ernährung aus und sie müssen einen sehr großen Theil ihres Lohnes, welches in Geld gezahlt wird, noch anwenden, um Getreide, Graupen, Erbsen und andere Nahrungsmittel noch zuzukaufen. Der größte Theil der ländlichen Arbeiter und verheiratheten Knechte zc. hat also ebenso wie die der Städte das höchste Interesse an billigen Getreidepreisen.

Wir kommen jetzt zu den Kategorien der Tagelöhner oder Drecher. Diese erhalten im Winterhalbjahr den Drecherlohn in vielen Wirtschaften in der Form eines Antheils am Getreide selbst. Aber niemals ist die Absicht bei der Erhaltung dieser halben Naturalwirtschaft diejenige gewesen, die Drecher an dem Vortheil des Steigens der Preise theilnehmen zu lassen, sondern geradezu umgekehrt, man hat diese Form noch erhalten, weil doch der größte Theil des Lohnes in Brodform zur Ernährung der Familie umgewandelt wird, und bei solchen Getreidepreisen die reine Geldwirtschaft sehr zum Nachtheil des Drechers ausfallen würde. Ja, bei den hohen Getreidepreisen der fünfziger Jahre gab jeder gute Landwirth, der eine Fürsorge für seine Leute hatte, gern ihnen das übrige Getreide, welches sie zu ihrem Lebensunterhalt bedurften zum billigeren Preise, als dem Marktpreise.

In einer anderen Wirtschaft war die Einrichtung in der Weise getroffen, statt des dreifachen Lohnes, der der Familie zu geben, was die Leute auch gern nahmen. Vertheilt man den Drecherlohn auf das ganze Jahr, so reicht er nicht aus für die Familie und es muß meistens noch zugekauft werden. Wo der Drecherlohn von den Tagelöhnern verkauft wird, deutet dies auf eine unordentliche Wirtschaft hin, denn für dasselbe Geld muß doch wieder Brod, Mehl, Getreide zc. eingekauft werden.

Was aber die Hauptsache ist: in wie vielen Wirtschaften Deutschlands besteht denn überhaupt noch die Einrichtung, statt des Drecherlohns in Geld Getreide zu geben? In sehr wenigen. Die Dampfdruckmaschinen haben diese Einrichtung fast verschwinden gemacht. Das meiste Getreide wird bereits im Herbst oder wenn es gebraucht wird mit der Maschine ausgedroschen und mit durch Geld bezahlte Arbeiter, und vielleicht nur ein kleiner Theil zu Hause durch die Drecher, in vielen Fällen auch dies gegen baaren Lohn. Wir finden also keine ländlichen Arbeiter, welche Vortheile von hohen Kornpreisen hätten.

#### Deutschland.

F. Berlin, 12. Febr. Daß mit der jetzt vorliegenden Zollvorlage das letzte Wort über die Steigerung der bestehenden Schutzzölle noch nicht gesprochen ist, beweist die Haltung der industriellen Schutzzöllner, vor Allem der Eisen- und Stahlzöllner. Die Vorlage verfolgt in der Hauptsache die Verstärkung des agrarischen Schutzsystems. Die Industrienschutzzöllner werden wohl oder übel in Folge der 1879 geschlossenen Coalition den Agrariern wenigstens den größten Theil der gestellten Forderungen bewilligen müssen. Wenn sie selbst dabei nicht gleichzeitig mit neuen Ansprüchen hervortreten, so entspringt dies augenscheinlich nur taktischen Gründen, welche aber durchaus nicht hindern werden, daß man in naher Zukunft neue Schutzvorkehrungen für die Großindustrie erhebt. Bei den Verhandlungen der Handelskammer zu Dortmund ist dies klar zu Tage getreten. Die Handelskammer erklärte sich bereit, einen vorläufigen Erhöhung der bestehenden Getreidezölle zuzustimmen, aber der Referent führte hierbei zugleich aus: Auch die Positionen des Tarifs von 1879, soweit sie speziell die Interessen der hiesigen Gegend betreffen, haben sich als verbesserungsfähig und abänderungsbedürftig erwiesen. Die gerade im Augenblick wieder schwer auf uns lastende Kräfte der Kohlen- und Eisenindustrie bezeugt gegenüber den kolossalen Importziffern an Roheisen und Stabeisen im letzten Jahresjahr bei fortwährenden Restriktionen und Restriktionsversuchen der nothleidenden einheimischen Industrie, daß weder die Bemessung des Roheisenzolls ausreichend noch die Freilassung der Steinkohle zweckmäßig war. Sehen die Agrarier diesmal im Reichstage ihre Forderungen doch durch, so werden wir uns augenscheinlich auch auf neue

Eisen- und Kohlenzölle gefaßt machen müssen. Die Coalition von 1879 wird eben die deutsche Zollgesetzgebung auf der einmal betretenen schiefen Ebene schrittweise weiter drängen, bis sie an ihren eigenen Konsequenzen zu Fall kommen muß.

\* Berlin, 12. Febr. Die Subcommission der Börsensteuer-Commission hofft ihre Arbeiten in Kürze zu vollenden und etwa Mitte nächster Woche das von ihr ausgearbeitete Börsensteuergesetz der Commission zu unterbreiten. Uebrigens verlautet, daß nun auch die Reichsregierung ihrerseits mit einem eigenen Börsensteuergesetzentwurf vorzutreten gedenke. Andererseits zweifelt man an der Nichtigkeit dieser Meldung.

\* „Der vom Ministerium einberufene oberste Landwirthschaftsrath hat die Einführung irgend welches Eingangszolles auf Getreide und Lebensmittel aus dem Auslande als der Landwirtschaft schädlich mit 13 gegen 7 Stimmen abgelehnt.“ Die Nachricht bezieht sich leider nur auf Belgien. Sie ging der „Post. Ztg.“ gestern auf dem Wege eines Telegramms aus Brüssel zu.

\* Das Abkommen zwischen Schweden und der Internationalen Arbeitscommission wegen deren Anerkennung wurde am 10. d. Mts. hier unterzeichnet. Dasselbe ist ähnlich gehalten, wie die früher mit Deutschland und Italien abgeschlossenen und dadurch bezeichnet, daß der erste Artikel die Fahne der Gesellschaft als diejenige eines befreundeten Staates anerkennt.

\* Jüngst wurde seitens der Behörden ein Erlaß des Handelsministers und des Ministers des Innern vom 27. November 1884 in Erinnerung gebracht, wonach wiederholt — aber ohne Erfolg — die Hilfe der Polizeibehörden von Personen in Anspruch genommen worden, welche ein Opfer ihrer Leichtgläubigkeit und Unerfahrenheit geworden waren, indem sie bei dem Erwerbe von Loosen, Prämienpapieren oder Antheilscheinen durch die mit dem Abgabe solcher Papiere beschäftigten Gewerbetreibenden in unredlicher Weise überwöhrt wurden. Wie verlautet, wird neuerdings in den geeigneten Fällen gegen solche Gewerbetreibende mit besonderer Strenge auf Grund eines Erkenntnisses des Reichsgerichts, I. Strafsenats, vom 5. Januar 1880 vorgegangen, wonach der Verkäufer von Antheilscheinen auf Originallosse, die im Eigentum des Verkäufers bleiben, während die Käufer solcher vom Verkäufer ausgestellter Antheilscheine bei anfallendem Gewinne nur einen persönlichen Anspruch gegen den Verkäufer auf Auszahlung des Gewinnes gegen Zurückgabe des Antheilscheines erlangen, wegen widerrechtlicher Veranlassung einer Lotterie aus § 286 des Strafgesetzbuchs zu bestrafen ist, wenn er zu dem Verkauf derartiger Antheilscheine eine besondere obrigkeitliche Erlaubnis hat.

Braunschw. 11. Februar. In letzter Zeit sind in Gmunden von hervorragenden hiesigen Anhängern des Herzogs von Cumberland mehrfach Versuche gemacht worden, denselben zu entgegenkommenden Schritten dem Berliner Cabinet, bezw. dem Kaiser gegenüber zu veranlassen. Diese Versuche haben indeß, wie der „Köln. Ztg.“ geschrieben wird, keinen Erfolg gehabt. Der Herzog ist in der thörichtigen, von gewisser Seite natürlich genährten Verblendung befangen, durch das bekannte „Besitzergreifungspatent“ seinerseits genug gekostet zu haben, und erwartet jetzt, daß man ihm von Berlin entgegenkomme. Nur wer die Rathgeber des Herzogs und die Starrsinnigkeit eines Welsen kennt, kann solche Verblendung begreifen. Die hiesigen Anhänger Cumberlands lassen jetzt auch den Kopf hängen und sind unzufrieden darüber, daß der Herzog sich so vollständig passiv verhält. Man sagt, und wohl nicht mit Unrecht, irgend eine Erklärung sei er der Öffentlichkeit schuldig, sei es nun ein Verzicht oder eine Aufrechterhaltung seiner angeblichen Rechte auf Hannover. In letzterem Falle würden allerdings auch die hiesigen Anhänger des Herzogs von Cumberland sofort sämtlich von demselben abfallen, denn eine Partei von „Welsen“ im Sinne der hannoverschen giebt es hier durchaus nicht.

Frankfurt a. M., 10. Februar. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde folgender Antrag der Herren Dr. Holtheim und Genossen einstimmig angenommen: „Die Versammlung erkläre in der Erhöhung der Getreidezölle eine drückende Belastung unserer Stadt, insbesondere der minder bemittelten Klassen, sowie eine schwere Schädigung von Handel und Gewerbe, und ersucht den Magistrat, mit allen möglichen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die darauf abzielende Vorlage nicht zur Annahme gelange.“ Auch Herr Miquel war in dieser Sitzung anwesend, derselbe Herr Miquel, dessen in Neustadt ausgebreiteter Saat die jegliche schwankende Haltung der National-liberalen den Getreidezöllen gegenüber zum guten Theil zu veranlassen ist!

München, 10. Februar. Der Hochverrätther Janßen, welcher sich demnachst vor dem Reichsgericht zu verantworten haben wird, ist, wie den hiesigen „Neuest. Nachricht.“ mitgeteilt wird, i. Z. in München verhaftet worden. Er wurde schon seit längerer Zeit verfolgt, und es gelang der hiesigen Polizei, ihn in einem Hause an der Landwehrstraße ausfindig zu machen und zu verhaften. Janßen befand sich auf der Flucht nach Italien.

Aus München, 9. Febr., schreibt man der „Post. Ztg.“: Die vor einiger Zeit in ganz Deutschland in den Kavernen abgehaltenen Untersuchungen nach socialistischen Schriften, die sich sogar auf die Privatwohnungen der Einjährigen, Gauthoisiten zc. erstreckten, haben für Bayern wenigstens ein absolut negatives Resultat gehabt. Socialistische Schriften, Broschüren oder Zeitungen sind nirgends gefunden worden. Das Einzige, was man fand, waren Einladungen zu Gesellschaften, welchen man socialistische Tendenzen zuschrieb; die Betreffenden wollen aber weder den Einladungen gefolgt sein, noch früher in den Gesellschaften verkehrt haben.

Freiburg i. Br., 10. Febr. Der Erzbischof hat sich zu einem Ordinariatsersaß genöthigt gesehen, welcher in strenger Weise den Wirthshausbesuch der Geistlichen verbietet und ihnen die Einstellung von Personen unter 45 Jahren als Haushälterinnen untersagt.

#### Schweden.

Bern, 8. Febr. Der Bundesrath hat an die ständeräthliche Commission für Vorberathung des neuen eidgenössischen Militärstrafgesetzes als Antwort auf eine Reihe von Bemerkungen, welche dieselbe ihm zur Erwägung hat zukommen lassen, ein Schreiben gerichtet, welches manches von allgemeinem Interesse enthält. So ist der Bundesrath auf alle Fälle für die Beibehaltung eines Artikels über die Körperverletzung oder Tödtung im Duell, da eine solche auch nach schweizerischen Sitten, ganz besonders in der Armee, anders angesehen wird als ein unter anderen Umständen erfolgtes Vergehen dieser Kategorie und in der Schweiz auch nicht durch eine so systematisch ausgeübte Begnadigung seitens der obersten Militärbehörden geholfen werden kann, wie dies in monarchischen Ländern der Fall zu sein pflegt. Es muß also, schließt der Bundesrath, eine ausnahmsweise Milde namentlich in Bezug auf Ehrenfolgen

im Gefolge selbst möglich gemacht sein, wenn man nicht völlige Ignoranz oder prinzipielle Freisprechungen riskiren will. Das Duell selbst unter militärisch Gleichstehenden zu strafen, auch wenn es keine Folgen gehabt hat, erscheint dem Bundesrath nicht zweckmäßig, auch sei dies nicht mit dem bisherigen Gehege übereinstimmend, das auch nur von „Körperverletzung durch Duell“ spricht. Ueberdies müßte man dann consequent nicht allein den Verlezer, sondern auch den Beschädigten und ebenso unter allen Umständen die Secundanten, Cartellträger, Lertze zc. strafen, die doch nur im Interesse einer Milderung der Gefährlichkeit thätig gewesen und überhaupt einen solchen Dienst einem Kameraden nicht abschlagen können. Eine Bestrafung des Duells selber, sowie eine völlige Ignoranz desselben als besondere Art der Tödtung oder Körperverletzung wäre höchstens denkbar, wenn es gegen das Verbot eines aufzustellenden Ehrenraths erfolgen würde. Einen solchen einzuführen, während die Ehrengerichte, wie sie vorgeschlagen sind, in ihrer Zweckmäßigkeit bezweifelt werden, möchte der Bundesrath einstweilen nicht rathen. Der Bundesrath hat die Anlagelosten der Rigi-Bahn auf 2235 297 Frs. und den in der Bilanz aufzuführenden Werth der Raltbad-Scheidegg-Bahn auf 65 500 Frs. festgestellt. — Seit vorgestern dürfen die das Bundespalais umgebenden Anlagen von Abends 10 Uhr an nicht mehr betreten werden. Die Zugänge werden von mit Revolvern bewaffneten Landjägern bewacht, welche Jedermann zurückweisen. Die Stimmung der Berner Bevölkerung gegen die Urheber dieser außerordentlichen Polizeimaßregeln, die Anarchisten, ist eine äußerst gereizte.

#### England.

AC. London, 10. Februar. Lord Roseberry, der gestern in der Stadthalle zu Epsom eine Ansprache an die Mitglieder der liberalen Vereine von Epsom und Leatherhead richtete, war der Ansicht, daß der Fall von Kharum nicht den Sturz der Regierung involvire — eine Bemerkung, die nicht die allgemeine Zustimmung der Anwesenden fand. Gleichzeitig sagte er, daß er bei mehr als einer Gelegenheit seinem Privatathleten gefolgt sei und geglaubt habe, daß ein kühneres und klareres Vorgehen hätte verfolgt werden können. Jetzt empfehle er, daß jeder Engländer, Liberaler oder Tory, sein bestes thun solle, zur Bewältigung einer Lage von beispiellosen Schwierigkeiten die Hände der Regierung zu kräftigen.

Hiergegen schreibt die „Times“: „Lord Roseberry war in seiner gestrigen Rede in Epsom sehr emphatisch in seiner Warnung an uns, uns nicht in Angst jagen zu lassen. Der Rath ist ganz gut, er hätte jedoch nicht in so warmer Weise gegeben werden sollen, ehe er überhaupt nöthig war. Unser Land hat keine Zeichen von Furcht oder Panik gegeben, und Niemand, so viel als wir wenigstens wissen, hat selbst im Traume daran gedacht, daß wir „gemalut“ sind. Dennoch ist es wahrscheinlich, daß nicht Jedermann im Stande sein wird, die keusche Frömmigkeit zur Schau zu tragen, welche es für Lord Roseberry möglich macht zu empfinden, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten nur über uns gekommen sind, und „den Muth und den Patriotismus unseres Landes auf die Probe zu stellen.“ Es ist uns vielmehr eine Probe davon gegeben worden, wie lange unser Land es sich gefallen läßt, ohne Muth und Patriotismus regiert zu werden. England ist zweifelsohne oft aus großen Schwierigkeiten und nach großen Verlusten wohlbehalten hervorgegangen und hat darauf mehr als seinen zuvorigen Wohlstand wiedererlangt; dennoch würde es Lord Roseberry wohl nicht einfallen, wenn wir eine conservative Regierung hätten, eine nutzlose Vergeudung an Geld und Menschenleben als eine zufriedenstellende Vorbereitung für eine Aera nationalen Fortschrittes anzusehen. Man kann nicht von uns erwarten, daß wir vergessen sollen, daß die Expedition, welche jetzt ausgerüstet wird, vor einem Jahre mehr als genügt haben würde, den Mahdi in die äquatorialen Provinzen zurückzuführen, eine starke Regierung in Kharum zu errichten, eine werthvolle Gegend dem Handel und der Civilisation zu erschließen und Aegypten absolute Sicherheit und Ruhe zu verleihen. Die Expedition mit ihren enormen Opfern an Geld und Menschenleben repräsentirt einen absoluten Verlust für die Nation, einen Verlust, direct und durchaus die Folge nicht von Schwierigkeiten, mit denen die Regierung zu kämpfen gehabt hätte, sondern von der Hartnäckigkeit, mit der sie sich weigerte, Wahrheiten anzuerkennen, die aller Welt klar waren.“

Die internationale Schiedsgerichts- und Friedens-Gesellschaft hat auf ihre Vorstellung an Mr. Gladstone bezüglich einer Einstellung der Feindseligkeiten im Sudan das nachstehende Antwortschreiben erhalten: „10, Downing-street, 7. Februar 1885. Sir. — Mr. Gladstone hat die weitere Mittheilung des Executiv-Ausschusses der internationalen Schiedsgerichts- und Friedensgesellschaft nicht empfangen; und ich bin beauftragt zu erklären, er sei überzeugt, daß seine Kollegen mit ihm darin übereinstimmen, die Botschaft des Ausschusses für eine friedliche Regelung im Sudan mit Achtung und Sympathie zu betrachten. Lord Wolseley hat jedes in seiner Macht stehende Mittel angewandt, um es bekannt werden zu lassen, daß seine Ziele gegenüber jenem Lande freundlich sind, wie dies auch der Jmed von General Gordon's Mission war; und als weiteren Beweis dafür soll ich Sie auf die neueste Proclamation verweisen, die er erlassen hat. Ich bin u. i. w. (gez.) E. W. Hamilton.“

Wie der „Fr. Z.“ telegraphirt wird, veröffentlicht der „United Trustman“ in Newyork eine äußerst heftige Proclamation, unterzeichnet Shawn und O'Neil in Dublin, welche 10 000 Dollars demjenigen zusichert, der den Prinzen von Wales todt oder lebendig ihr überliefert.

Ueber den Zustand der englischen Flotte in Ostasien sagt der Peking Correspondent der „Times“ in einer vom 18. Januar datirten Depesche: „Die Reben, welche Lord Northbrook und Sir Thomas Brassey im November über den Zustand der britischen Kriegsmarine gefaßt, sind hier mit Erstaunen gelesen worden, da dieselben vollständig irrige Bemerkungen enthalten. Das englische Geschwader (in chinesischen Gewässern) ist gar nichts werth, besonders was Kanonen anbetrifft, und Admiral Courbet's Schiffe könnten diejenigen des Admirals Dorell in den Grund bohren, ohne nur getroffen zu werden.“

#### Italien.

\* Rom, 7. Februar. Die Aufregung über die Einnahme Kharums durch den Mahdi ist in Italien fast eben so groß als in England, weil man es dieser Macht zu danken hat, daß Italien Gebietserwerbungen am Nothen Meere vornehmen konnte. Dem Cabinet des Herrn Gladstone wird vielleicht der Fall der Festung den Todesstoß geben, denn er wird den Vorwurf nicht von sich abwenden können, daß er den General Wolseley zu spät und mit einer zu geringen Truppenmacht nach dem Sudan gesandt habe. Den Befehl, die Wiedereroberung des Landes aufzugeben, wird er unmöglich erlassen können, wenn er nicht selbst sein Todesurtheil unterschreiben will, der General wird also autorisirt werden, wiederum die Offensive zu er-

greifen und dabei soll ihm Italien helfen. Nachdem gestern der englische Botschafter Sumley dem Minister Mancini amtlich die Einnahme Kharums angezeigt und dessen Vermittlung zur Abwendung eines größeren Truppencorps nach dem Sudan nachgesucht hatte, fand ein Ministerrath statt, in welchem beschlossen worden sein soll, diesem Verlangen nachzukommen. Mehrere Räte der Krone, unter ihnen der Finanzminister, haben die Meinung ausgesprochen, daß es gefährlich sei, für die Engländer die Kasernen aus dem Feuer zu holen, sie würden aber überstimmt. Der genannte Diplomat hat seiner Regierung diese angenehme Nachricht sofort durch den Drabt übermittelt und es ist bemerkt worden, daß sein erster Secretär Sir Fraser gestern mehrmals Besuche im Consulat-Palaste abhielt. Die Minister des Kriegs und der Marine haben, wie verlautet, den Befehl erhalten, schleunigst die Ausrüstung und Einschiffung eines Corps von 12 000 Mann vorzubereiten. Dasselbe wird zusammengefaßt sein aus 12 Infanteriebataillonen, einem Veräglarie-Regiment, einem halben Feld-Artillerie-Regiment und einem halben Festungs-Artillerie-Regiment, einem Kavallerie-Regiment mit einem Bataillon Pioniere. Es soll von einem Divisionsgeneral und 2 Brigadegenerale befehligt und Ende dieses Monats nach Afrika eingeschifft werden. Diese Nachrichten, welche ich für sehr glaubwürdig halte, gebe ich gleichwohl unter allem Vorbehalt.

Rom, 11. Febr. Ricciotti Garibaldi wirbt nach einem Telegramm des „Gamb. Corr.“ eine Freischaar, die sich nach Afrika begeben wird. — Das gesammte italienische Levante-Geschwader erhielt eine auf hoher See zu entriegelnde neue Orde.

In vaticanischen Kreisen circulirt das Gerücht, der sogenannte Cardinal = Staats = Secretär Jacobini würde zum Präfekten der Propaganda ernannt werden und an seine Stelle der ehemalige Pariser Nuntius, Cardinal Ezqui, ein Pole, treten. Im nächsten Consistorium sollen den roten Hut erhalten: Rampaola, Nuntius in Madrid, Macella, vormalig Nuntius in Vissabon, Bannuti, Nuntius in Wien, Dusmet, Erzbischof von Catania, und Eder, Erzbischof von Salzburg.

#### Rußland.

\* Nach einer Warschauer Meldung der polnischen Blätter ist der römisch-katholische Bischof von Wilna, Hryniewicki, welcher den bekannten Conflict mit dem General-Gouverneur Rogdanow hatte, nach Jersutsk verbannt. Dasselbe Schicksal soll auch den Bischöfen von Schmerinka und Lublin, Rozowski und Worowski, bevorstehen.

#### Türkei.

\* Neuestens wird von einem Circular berichtet, das die Pforte in Sachen der massenhaften Auswanderung der Mohamedaner aus bulgarischen und rumänischen Gebieten an ihre Vertreter bei den Mächten zu richten beabsichtigt. Seit dem Abschlusse des Berliner Vertrages sind nicht weniger als 82 000 Mohamedaner aus Bulgarien in das Vilajet von Adrianopel eingewandert. Die Pforte führt in ihrem Circular Klage darüber, daß durch willkürliche Behandlung die Muselmänner in Bulgarien und Rumänien zu einer Emigration en masse gezwungen worden, daß ihr Eigentum in ungesetzlicher Art in Anspruch genommen und ihr Einkommen ohne genügende Entschädigung confiscirt worden. Die Pforte appellirt an die Gerechtigkeit und Humanität der Mächte und bittet um ihre guten Dienste bei der bulgarischen und rumänischen Regierung, um eine gerechte Interpretation und Anwendung der Stipulationen des Berliner Vertrages bezüglich der Besitzthümer der türkischen Bewohner und Emigranten in den beiden genannten Staaten herbeizuführen.

#### Aegypten.

Cairo, 9. Februar. Vor zwei Tagen suchten drei Sklaven der Prinzessin Manjout, Schwester des Khedive, eine Zuflucht bei Sir Evelyn Baring und beschwerten sich über schlechte Behandlung. Nachdem dieselben mit Befreiungs-Dokumenten versehen worden, wurden sie nach dem englischen Heim für befreite Sklaven befördert, wo sie wiederzuerlangen die Prinzessin vergebliche Anstrengungen machte.

Wie es hier heißt, wird Herr von Treskow, der deutsche Generalconsul in Konstantinopel, der Vertreter Deutschlands bei der Schulden-Rülgungsfasse sein.

\* Mit Bezug auf die in Aussicht genommene Verbesserung des Suezcanals wird mitgeteilt, daß die Unter-Commission von sieben Mitgliedern, begleitet von Ferdinand von Lesseps und dessen Sohne Charles, eine genaue Inspection des Canals vornahm, und daß es nach eingehenden Erfindungen bei den erfahrensten Capitänen der großen Dampferlinien Englands und anderer Seestaaten, sowie bei den besten Booten der Suezcanalgesellschaft für das Beste gehalten würde, den Canal dadurch zu verbessern, daß seine Breite im Grunde verdreifacht und sofort damit begonnen wird, ihn um einen halben Meter und schließlich durchweg um einen Meter tiefer zu machen. Dieser Vorschlag dürfte angenommen werden.

#### Mien.

Es ist nicht ohne Wichtigkeit für die großen Interessen, welche sich schon jetzt an die ostasiatischen Bewegungen für ganz Europa und vermöge der Postdamperfrage speciell für Deutschland anknüpfen, den Abschluß des neulichen allerdings sehr ernstlichen Streites zwischen Japan und Korea festzustellen. Die Politik Japans ging nicht dahin, unter Aufbietung seiner Macht sich Korea's einfach zu bemächtigen, was keineswegs außerhalb der Möglichkeit gelegen wäre. Allein die Lage Korea's, welche zwischen dem Vorbringen Russlands vom Norden und dem Druck der chinesischen Macht vom Süden das Land gleichsam als ein Bollwerk gegen das Zusammenstoßen beider Mächte hingestellt, hat eine Reihe von Schritten der auswärtigen Diplomatie zur Folge gehabt, deren letzter Grundgedanke es offenbar war, vermittelt der völkerrechtlichen Anerkennung Korea's als eines selbständigen Staates die Stellung des letzteren gegenüber den südlichen, wie den nördlichen Einflüssen und Zukunftsplänen zu einem öffentlich anerkannten Princip des Völkerrechts zu erheben. Das war der eigentliche Zweck der Handelsverträge, welche im vorigen Jahre von England und den Vereinigten Staaten mit Korea geschlossen wurden; der Handel selbst war bei der völligen Armut des Landes offenbar eine Nebensache. Unterdeß hatte Japan dabei noch keine Stellung genommen. Als nun aber im verflossenen Jahre der Aufstand losbrach, welcher dem Hofe des Königs galt, und bei diesem Anlaß das japanische Gesandtschaftsgebäude niederbrannte, ergriß die japanische Regierung den Anlaß, nachdrücklich einzuschreiten. Der Erfolg war ein bedeutender, da Korea trotz England und den Vereinigten Staaten durchaus nicht im Stande war, Japan einen ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen. Der König von Korea gab rasch nach, um so mehr, als er allen Grund hatte, anzunehmen, daß Japan allein ihn und seine Rechte schützen und er sich in







an. u. L.      in Danksig.